



Pressemitteilung

Nr. 22/23

Sächsischer Städte- und Gemeindetag: Deutschlandticket und ÖPNV im Freistaat Sachsen brauchen eine verlässliche Finanzierung, notfalls muss das Land als Ausfallbürge für den Bund einstehen

Sachsens Städte und Gemeinden fordern vom Bund und vom Land eine verlässliche Finanzierung des Deutschlandtickets ein. Das gab der Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) am Rande seiner heutigen Präsidiumssitzung bekannt. Die Finanzierung des Deutschlandtickets ist nur für das Jahr 2023 gesichert. Für das Jahr 2024 wird bundesweit mit einem Defizit durch das Deutschlandticket von 4,2 Mrd. Euro gerechnet. Damit fällt das Defizit bundesweit um 1,2 Mrd. Euro höher aus, als Mittel vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt werden.

„Das Deutschlandticket bedeutet eine erhebliche Kraftanstrengung der kommunalen Aufgabenträger, Verbände und Verkehrsunternehmen. Bund und Länder stehen in der Pflicht, die Defizite aus dem politisch gewollten Deutschlandticket zu finanzieren. Bei ihrem jüngsten Treffen haben sich der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten nicht auf die Finanzierung im Jahr 2024 einigen können. Dadurch ist eine Hängepartie entstanden, die bis ins Jahr 2024 hineinreicht. Diese Hängepartie muss beendet werden, notfalls muss der Freistaat Sachsen als Ausfallbürge für die Defizite durch das Deutschlandticket eintreten“, brachte **Sven Schulze**, Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz und Mitglied des Präsidiums des SSG die Forderung auf den Punkt.

Unterdessen weiten sich die Finanzierungsdefizite im sächsischen ÖPNV insgesamt aus. Der Mehrbedarf allein in Sachsen beträgt im Vergleich zum Jahr 2022 im Jahr 2023 229,9 Mio. Euro, im Jahr 2024 338,3 Mio. Euro und im Jahr 2025 sogar 400,6 Mio. Euro. Verantwortlich sind insbesondere steigende Kosten für die Antriebsenergie und deutlich höhere Personalkosten. Zur Deckung dieser Mehrkosten werden ebenfalls zusätzliche Bundesmittel benötigt, die vollständig und dauerhaft durch das Land an die kommunalen Aufgabenträger weiterzuleiten sind. Derzeit laufen Verhandlungen der kommunalen Landesverbände mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit zur zukünftigen Finanzierung des ÖPNV. *„Wir fordern dabei, dass der*

Freistaat für eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung des ÖPNV sorgt und die Bundesmittel zu 100 Prozent weiterleitet. In der Stadt und im ländlichen Raum muss ein angebotsorientierter ÖPNV geschaffen werden, der die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen erfüllt. Eine verlässliche Finanzierung ist dafür die Grundvoraussetzung“, so Schulze.

Dresden, 15. November 2023

Kontakt:

Falk Gruber, Grundsatzreferent
Telefon: 0351/8192-110, Telefax: 0351/8192-222
Mobil: 0160/8873286
E-Mail: falk.gruber@ssg-sachsen.de

Mehr als 4 Millionen Einwohner – 416 Städte und Gemeinden – eine Stimme:

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) ist der kommunale Spitzenverband der Städte und Gemeinden des Freistaates Sachsen. 416 der 418 sächsischen Städte und Gemeinden bilden beim SSG eine starke Gemeinschaft.

Der SSG fördert die Rechte und Interessen der Städte und Gemeinden und vertritt sie gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie zahlreichen anderen Landesorganisationen. Der Verband berät seine Mitglieder, vermittelt ihnen Informationen und pflegt deren Erfahrungsaustausch. Weitere Informationen: www.ssg-sachsen.de